



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/25 - 30. Januar 1957
Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21891-38
Fernschreiber 0886890

Bemerkungen zur Bundestagsdebatte über die Aussenpolitik	S. 2
Die Strahlungsgefährdung durch Atomexplosionen/ Ein Bericht britischer Mediziner	S. 3
Junge Soldaten diskutieren mit Jungsozialisten	S. 5
Stopp für Ungarn-Flüchtlinge	S. 7
Eine Frage an den Bundesverteidigungsminister	S. 8

Auftakt

G.M. - Die CDU und die ihr anstehenden Zeitungen haben während der letzten Tage versucht, der politisch interessierten Öffentlichkeit einzureden, dass die aussenpolitische Debatte am Donnerstag im Bundestag eine Art Scherbenegericht werden soll. Mit kühnen Worten wurde angekündigt, man werde die Sozialdemokraten "an die Wand spielen...".

Diese merkwürdige Methode der Vorbereitung einer aussenpolitischen Grundsatze debatte zeigt die erschütternde Geistesverfassung der Propagandisten im Regierungslager, denen nichts zu billig ist, um es als Wahlschlager an den Mann zu bringen.

Bisher hiess es immer, die Aussenpolitik dürfe nicht durch einen "Streit der Parteien" degradiert werden. Jetzt will man die Aussenpolitik zum Gegenstand von Wahlschlägern machen. Das grosse Wort von der "alle Parteien verbindenden nationalen Verpflichtung bei Auseinandersetzungen über das Schicksal der Nation" scheint also nur zu gelten, wenn es sich darum handelt, die in die Sackgasse geratene Aussenpolitik des Bundeskanzlers und CDU-Parteiführers als ein Tabu in der Vorstellungswelt der Bundesrepublikaner weiter herumgeistern zu lassen.

Noch ein anderer Gedanke drängt sich unwillkürlich auf. Wenn die alten Griechen in den Kampf zogen, pflegte der sich am schwäch-

sten fühlende Kämpfer seinen Gegner mit hier nicht wiederzugebenden Schimpfworten anzubellen. Er tat dies in der Absicht, den Gegner nervös zu machen und die ihm selbst mangelnde Qualität durch lautes Schreien zu überdecken. Die Psychoanalytiker nennen diesen Vorgang den "eruptiv zum Ausdruck kommenden Minderwertigkeitskomplex des tatsächlich minderwertigen". Mit diesem Hinweis soll natürlich keine Person, sondern nur ein Zustand charakterisiert werden.

Aber was soll eigentlich diese vom Ungeiat des schlechten Gewissens diktierte Übergeschäftigkeit der CDU-Propagandisten? Will man Lautstärke an die Stelle von sachlichen Argumenten setzen? Will man verbergen, dass eine fast achtjährige Regierungstätigkeit im Hinblick auf das Problem Nr. 1 der deutschen Politik - die Wiedervereinigung Deutschlands - ergebnislos geblieben ist? Um das zu verbergen genügt heute ein noch so lautes Geschrei nicht mehr!

Wer die Sozialdemokratie kennt, wird wissen, dass sie sich nicht provozieren lässt. Das haben schon andere ohne Ergebnis versucht.

Deshalb wird auch diese Parlamentsdebatte über die Außenpolitik der Bundesregierung vor der SPD mit der dem Objekt gebührenden Sachlichkeit geführt werden. Dass die Redner der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion hierbei trotzdem den Sprechern der Regierung und ihrer Parteien nichts schenken werden, ist eine Selbstverständlichkeit.

Unüberhörbare Warnung

mu, Kiel

Die Interparlamentarische Arbeitsgemeinschaft und das Deutsche Rote Kreuz haben in diesen Tagen die deutsche Übersetzung eines Berichtes des medizinischen Forschungsrates in Grossbritannien über die Strahlengefährdung des Menschen veröffentlicht. Der Bericht war bereits am 29. März 1955 von Premierminister Eden auf Verlangen des britischen Unterhauses vom Medizinischen Forschungsrat erbeten und dann am 16. Juni 1956 im Parlament auch vorgelegt worden. Zu der überaus sorgfältigen Arbeit, die eine allgemeinverständliche Einführung besitzt, sind alle verfügbaren Unterlagen in der Welt herangezogen worden. Die darin niedergelegten Erkenntnisse sind besonders für die Staaten von Bedeutung, in denen es noch nicht die praktischen Erfahrungen und Möglichkeiten zu einer derartigen Erforschung gibt, wie es in Grossbritannien der Fall ist.

In verschiedenen Abschnitten der wissenschaftlichen Arbeit haben sich besonders die britischen Professoren W.E. Kayneord und J.S. Mitchell mit der gegenwärtigen und auch der vorauszusehenden Höhe der Strahlenbelastung durch Strontium 90 auseinandergesetzt. Demnach erreichte dieses auf die Erde zurückfallende "Abfallprodukt" von Atom- und Wasserstoffbomben aller Art in Dezember 1955 eine Konzentration von 0,011 Curie pro Quadratmeile (2,59 Quadratkilometer). Der laufende Niederschlag aus Explosionen, die bisher stattgefunden haben, wird zu einem Anstieg mit einem Maximum etwa im Jahre 1965 von rund 0,045 Curie Strontium 90 pro Quadratmeile führen.

In Knochen abgelagert

Im Hinblick auf die Gefahr einer universalen Vergiftung der Erde spielt Strontium 90 nach den heutigen Vorstellungen nur eine grössere Rolle als die äussere Strahlung, da Strontium (wie Radium) gewöhnlich im Körper zurückgehalten und im Knochen abgelagert wird. Die Durchschnittskonzentration radioaktiven Strontiums im Regenwasser betrug innerhalb einer Zeit von drei Jahren bis zum Dezember 1955 nach Feststellung der britischen Wissenschaftler 1,7 Mikro-Kikro-Curie. Da nun das meiste Wasser, bevor es getrunken wird, den Boden passiert, ist die Aktivität für den Menschen durch Trinkwasser äusserst gering.

Strontium 90 wird aber auch auf Pflanzen und dem Boden abgesetzt

sind dann in das Innere der Pflanzen aufgenommen. Die Gefahr ist für Weidetiere, eine "Überdosis" an Strontium aufzunehmen, somit grösser als für Menschen. Dazu wird in dem Bericht des Forschungsrates auf vier Eigenschaften des radioaktiven Strontiums hingewiesen, welche seine Wichtigkeit in der ganzen Problematik unterstreichen. Strontium ist relativ reichlich unter der Spaltprodukten vertreten. Es besitzt die Fähigkeit, dem Kalzium durch die biologische Kette der menschlichen Nahrungsmittel zu folgen. Es absorbiert sich leicht. Ist das geschehen, so lagert es sich in den Knochen des Körpers ab.

Hier liegt nun die Gefahr für die Menschheit bei Atombombenkriegen oder auch bei der ständigen Zunahme von Atombombenversuchen, bei denen sich radioaktives Strontium niederschlägt. An diesem Punkt weisen die britischen Wissenschaftler darauf hin, dass sich in den Knochen mehr oder weniger lokalisierte Depots von Strontium bilden, welche, wie man beispielsweise aus Tierversuchen schliesst, bei genügender Konzentration Knochentumore verursachen können. Durch die Bestrahlung des benachbarten Knochenmarks kann auch eine aplastische Anämie oder Leukämie eintreten.

Feststellungen des Forschungsrates

Hierzu sind folgende warnende Feststellungen des Medizinischen Forschungsrates in Grossbritannien bemerkenswert: Die maximal zulässigen Beträge von Strontium 90 im menschlichen Skelett, die von der Internationalen Strahlenschutzkommission empfohlen werden, entsprechen tausend Mikro-Mikro-Curie Strontium 90 pro Gramm Kalzium. Aber das ist die maximal zulässige Dosis für Erwachsene in speziellen Beschäftigungszweigen. Als Grundlage einer Empfehlung für die Gesamtbevölkerung oder für Kinder mit ihrer grossen Strahlungsempfindlichkeit und grösseren Lebenserwartung ist sie nicht geeignet.

Man weiss, dass Strontium stärker in den Knochen junger, als in denen älterer Tiere konzentriert wird. Die wenigen Messungen an menschlichen Knochen zeigen, dass gegenwärtig die Kinder etwa eine zehnmal höhere Konzentration aufweisen als die Erwachsenen. So kommt denn die britische Kommission zu dem Schluss, dass die maximal zulässige Konzentration von radioaktivem Strontium in den Knochen der Durchschnittsbevölkerung mit ihrem Anteil an kleineren Kindern nicht grösser sein sollte als hundert Mikro-Mikro-Curie Strontium 90 pro Gramm Kalzium.

In dem britischen Ärztebericht wird mitgeteilt, dass die Aktivität des Strontium 90 im Herbst 1955 bei Heßversuchen an Gemüse 35 Mikro-Mikro-Curie pro Gramm Kalzium betrug. Die entsprechende repräsentative Zahl für Schafsknochen war 14, aber im Gebiet einiger weniger Gebirgsweisen wurden Werte bis zu 140 Mikro-Mikro-Curie (!) registriert. Die maximale Aktivität, die bis zur Herausgabe des Ärztegutachtens in Grossbritannien in menschlichen Knochenproben gemessen wurde, betrug im Skelett einjähriger Kinder 1,2 Mikro-Mikro-Curie.

Weitere Untersuchungen haben ergeben, dass der wachsende Knochen "knochensuchende Isotope" wie Strontium 90 stärker aufnimmt und sie dann an den rasch wachsenden Knochenanteilen konzentriert. Es ist ebenfalls bekannt, dass schnell wachsende Gewebe wie die der Kinder oft besonders strahlenempfindlich sind. Da nun die radioaktive Halbwertszeit des Strontium 90 achtundzwanzig Jahre beträgt, vermag es besonders in den Knochen der Kinder sehr lange zu wirken.

Der Bericht schliesst mit einer nochmaligen Warnung vor weiteren Atom- oder Wasserstoffbomben-Versuchen.

Gelungenes Experiment

Von Heinz Pöhler, MdB.

Der Zentralausschuss der Deutschen Jungsozialisten hatte auf seiner Jahresabschlusskonferenz im Dezember 1956 in Mainz beschlossen, im Rahmen des "Ringes politischer Jugend" gemeinsamen staatsbürgerlichen Bildungskursen zwischen jungen Soldaten der Bundeswehr und jungen Sozialdemokraten zuzustimmen. Dieser Beschluss fand bezeichnenderweise nicht nur in der deutschen Publizistik ein grosses Interesse, er begegnete auch gleichzeitig in bestimmtem Masse einer Kritik innerhalb einiger Jungsozialistengruppen. Man vertrat dort die Auffassung, solche "Lehrgänge" seien zwecklos und politisch möglicherweise sogar schädlich und gefährlich.

Inzwischen wurde vor wenigen Tagen der erste dieser staatspolitischen Bildungskurse abgeschlossen. Er rechtfertigt die Feststellung, dass die Kritiker nicht nur durch die Erfahrungen des praktischen Ablaufs, sondern auch im Hinblick auf das "Betriebsklima" und den staatsbürgerlichen Effekt recht eindeutig widerlegt werden konnten.

Der Teilnehmerkreis der ersten Begegnung, die in einem Zeitraum von fünf Tagen im "Haus Steineck" in Bad Godesberg-Mehlem durchgeführt wurde, umfasste fünfzehn junge Offiziers- und Unteroffiziersbewerber der Bundeswehr aus Heer, Marine und Luftwaffe, sowie fünfzehn Jungsozialistenfunktionäre aus den Ländern Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Hessen und Bayern.

Dass die menschliche Begegnung und das mitbürgerliche Gespräch zwischen Teilnehmern derart verschiedener Herkunft ohne Zweifel ein Wagnis bedeute, darüber waren sich nicht nur die Jungsozialisten, sondern auch die Lehrgangsleitung klar. Die Anwesenheit zahlreicher prominenter Gäste aus dem Verteidigungsministerium und dem Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, die sowohl den Referaten als auch den recht lebhaften Aussprachen mit unverhohlenen Interesse folgten, lassen darauf schliessen, dass man auch von dieser Seite dem Ausgang des Experiments eine entsprechende Bedeutung zumass.

Bereits im Themenplan des Lehrganges wurde deutlich, dass der Hauptakzent weniger in der politischen Auseinandersetzung über das

grundsätzliche Ja oder Nein zur Aufrüstung der Bundesrepublik überhaupt, als vielmehr in der Erarbeitung einer gemeinsamen staatsbürgerlichen und konsequent demokratischen Basis bestand.

Diesem Ziel dienten vor allem die Themen: "Die Ordnungsprinzipien der Demokratie", "Die Stellung des Soldaten in der Demokratie", "Staatsbürgerliche Bildung in der Bundeswehr" sowie "Bundeswehrprobleme und das Meinungsbild in der Öffentlichkeit".

Die Diskussionen über diese Themen, die von allen Seiten recht freimütig und ohne Ressentiments geführt wurden, ergaben eine vielleicht gar nicht so sehr überraschende, auf jeden Fall aber erfreuliche Übereinstimmung in den Grundfragen und das eindeutige Bekenntnis zur Demokratie als Ordnungsprinzip für das Zusammenleben von Menschen in der Gemeinschaft. Bedeutsam erscheint besonders, dass auch die Soldaten mit Nachdruck die Bildung und Erziehung zum selbstständig denkenden Staatsbürger als Voraussetzung einer funktionierenden Demokratie bezeichneten.

Selbst das so schwierige Thema: "Die militärische Tradition in Deutschland und der 20. Juli" ergab in einer erregenden Diskussion keine wesentlichen und entscheidenden Gegensätze in der Auffassung der beiden Teilnehmergruppen. Man wurde sich vielmehr darin einig, dass die eindeutig militärischen Tendenzen, Erscheinungen und Personen der deutschen Geschichte unter gar keinen Umständen als Leitbilder des modernen Soldaten in der Demokratie verwendbar sind. Auch über die Priorität der politischen vor den militärischen Entscheidungen und die unbedingbare Notwendigkeit, Menschenrecht und Menschenwürde des Staatsbürgers selbst im harten soldatischen Dienst zu achten, gab es keinerlei Meinungsverschiedenheit. Das gleiche gilt für die in sittlichen Normen begründeten Grenzen einer schrankenlosen Gehorsams- und Befehlsmechanik.

Solche möglicherweise überraschend erscheinende Übereinstimmung in lebenswichtigen Grundfragen der Demokratie und des soldatischen Lebens im demokratischen Staat kommt freilich nicht von ungefähr, wenn man weiss, dass die jungen Politiker der SPD den zweiten Weltkrieg und die Wehrmacht nicht aus der Perspektive einer UK-Stellung, sondern meist als Frontsoldaten erlebten.

Aus den Aussprachen und den vielen persönlichen Gesprächen, in

denen freilich auch manchmal deutlich wurde, dass nicht alles Gold ist, was in der Bundeswehr glänzt, durften die jungen Soldaten jedenfalls die Erkenntnis mitnehmen, dass die sozialdemokratische Haltung zur hektischen Aufrüstungspolitik Adenauers getragen ist von der Verantwortung für die deutsche Demokratie und die Einigkeit Deutschlands. In diesem Sinne darf der erste Versuch einer Begegnung zwischen Soldaten und jungen Sozialisten als gelungen bezeichnet werden.

- + +

Tragische Konsequenzen

ler - Etwa 15 000 ungarische Flüchtlinge wurden bisher in der Bundesrepublik aufgenommen. Nach einer Erklärung des Bundesvertriebenen-Ministeriums ist damit die Aufnahmefähigkeit erschöpft worden, da die bestehenden Lager für Spätheimkehrer und Umsiedler aus den Oststaaten bereitgehalten werden müssen. Neben den Vereinigten Staaten hat die Bundesrepublik den zweitgrößten Anteil an der Unterbringung der Opfer der ungarischen Revolution, gewiss eine Leistung, die hoch zu Buche schlägt, aber leider nicht hoch genug, um Österreichs Flüchtlingslast wesentlich zu erleichtern.

Am gleichen Tag als das Vertriebenenministerium den durch gewichtige Gründe notwendig gewordenen Flüchtlingsstopp erliess, erklärte der österreichische Innenminister Helmer vor dem Exekutiv-ausschuss des UNO-Flüchtlingsfonds in Genf, die Wiener Regierung sehe sich ausserstande, die schweren Lasten allein zu tragen. Sie habe es auch satt, um jeden Dollar und um jedes Pfund Sterling für die Betreuung der ungarischen Flüchtlinge zu feilschen und zu betteln. Welche Enttäuschung und Verbitterung spricht aus diesen Worten eines ob seiner Besonnenheit bekannten Mannes...

Die Lage wird für Österreich von Tag zu Tag unhaltbarer, die Bekämpfung der Flüchtlingsnot übersteigt seine ohnehin bis aufs Äusserste angespannten Kräfte. Bei vielen Flüchtlingen machen sich die typischen Erscheinungen eines zur Hoffnungslosigkeit verurteilten Lagerdaseins bemerkbar. In Salzburg kam es zu hässlichen antisemitischen, polizeiliches Eingreifen erforderlichen Ausschreitungen. Zu den häufigsten Patienten Wiener Karvenkliniken gehören Insassen aus den Flüchtlingslagern. Früher oder später muss diese unhaltbare Situation zu explosiven Ausbrüchen mit all ihren sozialen und politischen Gefahren führen.

Bisher fanden Österreichs wiederholte Hilferufe wenig Gehör. Aber Österreich kann nicht alleingelassen werden. Es ist höchste Zeit, dass sich nun Europarat und die UNO wirksam einschalten, wenn unübersehbare Schäden verhindert werden sollen. In Moskau und Budapest wartet man schon auf neue Möglichkeiten zur Propaganda gegen den Westen.

+ + +

Franz-Josef Strauß antwortet nicht

FB. In der ersten Nummer des 11. Jahrganges hat der "Spiegel" am 2. Januar 1957 unter der Überschrift "Der Primus" einen neunseitigen Artikel über den Bundesverteidigungsminister Franz-Josef Strauß veröffentlicht. In den nachfolgenden Nummern hat diese Wochenschrift zahlreiche Leserschriften zu diesem Artikel abgedruckt. Man vermisste nur eine, die von Franz-Josef Strauß selber, der mindestens zu einer Angabe des "Spiegel" hätte Stellung nehmen müssen. In dem Beitrag über ihn hiess es nämlich auf der Seite 18:

"Abgesehen davon ist es die "Volkswirtschaftliche Gesellschaft" des Dr.-Ing. Balke, die dem Politiker Franz-Josef Strauß seit 1952 allmonatlich die ansehnliche Summe von 5.000.-- Mark anweist."

Der Bundesverteidigungsminister hat sich nicht gerührt, er hat mit keinem Wort zu dieser Angabe Stellung genommen und er kann sich auch nicht damit ausreden, dass er den Artikel nicht gelesen hat.

Muss man also unterstellen, dass die Angabe des "Spiegel" den Tatsachen entspricht? Wenn dem so ist, dann hat man hier einen Vorgang zu verzeichnen, der mit den Grundsätzen der Demokratie und mit dem Ethos des Ministeramtes nicht zu vereinbaren ist. Schon die steuerrechtliche Seite der Angelegenheit dürfte interessant sein, und der Minister sollte eine klare Auskunft geben, ob er diese Zuwendungen auch ordnungsgemäss versteuert.

Das aber ist nur eine Nebenfrage. Viel interessanter ist die, ob der Minister glaubt verantworten zu können, diese Summe anzunehmen, zumal die "Volkswirtschaftliche Gesellschaft Bayern e.V." auch die in Bayern ansässige Schwer-Industrie einschliesst, die, wie es die letzten Monate gezeigt haben, am aktivsten ist, wenn es gilt, Rüstungsaufträge hereinzuholen. Schon als Bundesatom-Minister hätte Strauß die Annahme dieser Gelder verweigern müssen, um nicht in Konflikte zu kommen. Als Verteidigungsminister aber scheint es eine Unmöglichkeit zu sein, von Gesellschaften Geld anzunehmen, deren Mitglieder an Aufträgen lebhaft interessiert sind.

Die letzte Frage ist, wozu Bundesverteidigungsminister Strauß das Geld verwendet. Selbst wenn er angibt, dass er es für Parteizwecke verbraucht, ist er als der Adressat persönlich in die Angelegenheit verwickelt, so dass Interessen-Kollisionen entstehen müssen, die nicht beantwortet werden können.

Es mag sein, dass die Angaben des "Spiegel" nicht zutreffen. Leider hat aber Franz-Josef Strauß sich bisher in Schweigen gehüllt und eine Dickfeiligkeit bewiesen, vor der Reinhold Maier einmal sagte:

"Was muss alles in der Bundesrepublik passieren, damit etwas passiert?"

Es ist der Sinn dieser Zeilen, Franz-Josef Strauß zum Reden zu bringen. Sollte er es weiterhin nicht tun, dann bleibt der Verdacht, er wolle etwas verbergen.

* * *